

Redaktion Corona-Monitor (Hg.)

CORONA UND GESELLSCHAFT

Soziale Kämpfe in der Pandemie

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung von

STIFTUNG ●●●●
MENSCHENWÜRDE
UND ARBEITSWELT

AKG

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2021
alle Rechte vorbehalten

Satz: Bernhard Amanshauser

Umschlagbild: Daniel Mullis

Umschlag: Michael Baiculescu und Martin Birkner

Druck: Primerate, Budapest

Inhaltsverzeichnis

LOUISA BÄCKERMANN, PETER BIRKE, DANIEL KEIL,
DARIUS REINHARDT

- 7 Einleitung: Soziale Kämpfe in pandemischen Zeiten

UMBRÜCHE IN ZEITEN DER PANDEMIE

DANIEL MULLIS

- 30 Gesellschaftliche Transformation in Zeiten von Corona

ALINA BRAD, ULRICH BRAND, MATHIAS KRAMS

- 54 Über Möglichkeiten und Herausforderungen sozial-ökologischer Transformation in der Corona-Krise

ARBEIT IN DER (CORONA-)KRISE

TANJA CARSTENSEN

- 65 Erschöpfung, Ungleichheit und neue Sichtbarkeit

STEFANIE HÜRTGEN

- 79 Arbeit – Klasse – Leib – Natur

KÄMPFE UMS GRENZREGIME

ELISABETH KIRNDÖRFER

- 92 Wenn Alltagsorte und soziale Routinen wegbrechen

NIKOLAI HUKÉ

- 106 Subalterne Proteste

CINDY HADER

- 123 Oben rechts #InZeitenVonCorona

CORONA & KONTROLLPOLITIKEN

LOUISA BÄCKERMANN, PETER BIRKE
143 Gefährliche Orte

MAIKE WÄSCHER, DENISE SIEMER, STEFKA SCHMID,
JULIA KARL
165 Polizei, Protest und Pandemie in Frankfurt am Main

RECHTE ENTWICKLUNGEN IN DER PANDEMIE

DANIEL KEIL
187 Der unterbrochene Rechtsruck in der Corona-Krise?

STEVEN HUMMEL, PAUL ZSCHOCKE
204 Die Bewegung der Pandemie-Leugner*innen in Leipzig

SOLIDARITÄT IN PANDEMISCHEN ZEITEN

LEON ROSA REICHLER
223 Nachbarschaftliche Solidarität in der Krise?

MARTIN THIELE UND KLEMENS KETELHUT
238 Solidarität in pandemischen Zeiten

HAGEN KOPP
254 Der soziale Raum: 140 qm in Hanau – gegen das
Vergessen

MAIKE POTT, JEAN RAVEL MALANDA, LOUISA BÄCKERMANN
268 Eine kurze Reflektion unseres Monitoring-Projekts

276 Autor*innen

Louisa Bäckermann, Peter Birke, Daniel Keil, Darius Reinhardt

Einleitung: Soziale Kämpfe in pandemischen Zeiten

„Jeder weiß nun, daß seine Gesundheit und sein Leben in hohem Maße nicht allein von der Gesundheit seiner Nachbarn und Mitbürger abhängt, sondern sogar von dieser oder jener ihrer unbewachten Handlungen, wie etwa das Ausspeien auf die Erde und das dadurch verursachte Ausstreuen von Tuberkulosebazillen.“
(Gide 1929: 52f.)

7

“You breathe to live – you breathe you die.“ (Nasum – In-
hale/Exhale 1998)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts griff die Tuberkulose in Frankreich um sich. Studien belegten bald, dass die Krankheit sich über die unsichtbare Weitergabe zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft übertrug. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse machten deutlich, dass selbst etwas scheinbar so Privates wie der gesundheitliche Zustand des eigenen Körpers gravierende Auswirkungen auf andere Menschen und die Gesellschaft haben kann (Kohn 2016). Die französischen Solidaristen, eine links-republikanische Strömung, sahen das Verbreitungsgeschehen der Tuberkulose als eine passende Veranschaulichung einer Verbindung, die die Gesellschaftsmitglieder zunehmend voneinander abhängig machte, aber auch miteinander verband. Ausgehend

8 von dem Aufzeigen wechselseitiger Abhängigkeiten zielten sie darauf, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft neu zu denken. Aus Sicht der Solidaristen sind es im Anschluss an den französischen Soziologen Émile Durkheim gerade diese „de-facto Solidaritäten“ (Grosse Kracht 2017), die die Bedingungen für individuelle Freiheit und Entfaltung überhaupt erst bereitstellen. Im Aufzeigen des Infektionsgeschehens sahen sie einen Ansatzpunkt, um den Individuen ihre Hypothek gegenüber ihren Mitbürger*innen zu verdeutlichen und daraus eine Verpflichtung zur gerechten Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen abzuleiten. In einer Erweiterung kann das auch für das Mensch-Natur-Verhältnis insgesamt gedacht werden. Auch Luft- und Umweltverschmutzung oder aktuell der Klimawandel zeigen diese gemeinsam getragene Hypothek auf. In diesem Sinne sah der Solidarist Charles Gide selbst noch in einer von einer Pariser Polizeipräfektur erlassenen Verordnung, die das Ausspeien im öffentlichen Personennahverkehr verbot, ein Auftauchen der Solidarität im Recht.

Das Verständnis von Solidarität bei den französischen Solidaristen macht unseres Erachtens die Widersprüchlichkeit greifbar, in der sich Strategien solidarischen Handelns auch in der aktuellen Corona-Pandemie bewegen. Denn man kann die genannte Verordnung zur Eindämmung der Tuberkulose auch anders lesen: Als Auftauchen staatlicher Forderungen nach Disziplin und Kontrolle im öffentlichen Nahverkehr, die das „Ausspeien“ verbieten, gleichzeitig aber auch das „Betteln“ oder andere als unangemessen und unangepasst geltende Verhaltensweisen. Auch wenn Staatlichkeit selbst umkämpft ist, so bleibt sie doch stets Ausdruck und Teil gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Im und durch den Staat werden somit auch Faktoren und Strukturen aufrechterhalten und reproduziert, die

selbst zu Krankheiten, sozialen Ungleichheiten und Entsolidarisierung führen können – bspw. durch krankmachende Arbeitsverhältnisse oder die Einschränkung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, etwa durch Privatisierungen.

Der Begriff „Solidarität“ sollte deshalb, so unser Vorschlag, eher als Indikator von Entwicklungen gedacht werden, also analytisch und nicht normativ: als ein wichtiges und sich veränderndes Diskurs-Fragment. Um dies zu ermöglichen, ist es wichtig, die Verwendung des Solidaritäts-Begriffs zu kontextualisieren. Der Bedeutungsgehalt und die konkrete Praxis, auf die er jeweils historisch verweist, werden ständig neu ausgehandelt. Ob er herrschaftsstabilisierende oder -herausfordernde Bedeutung annimmt, ist Teil von sozialen Auseinandersetzungen. Um die Frage dieser Auseinandersetzungen kreisen die Beiträge in diesem Sammelband: Konflikte darum, was „Solidarität“ bedeutet, angesichts der gesellschaftlichen Krisen, die die COVID-19-Pandemie ausgelöst und exponiert hat.

Einführend beleuchten wir in dieser Einleitung dementsprechend Kämpfe um Solidarität und gehen dabei in vier Schritten vor: Zunächst zeichnen wir die *exklusive Dimension* der vorherrschenden Solidaritätsbezüge nach. Im Anschluss gehen wir unter der Überschrift *Solidarisierung und Entsolidarisierung* näher auf die Zusammenhänge von sozialer Frage, den Gleichzeitigkeiten von Ein- und Ausschlüssen und der Solidarität ein und machen dabei drei Dimensionen in den Kämpfen um diese Themen aus. In zwei weiteren Schritten wenden wir uns zunächst den *regressiven Transformationen* der Gesellschaft und den Entwicklungen rechter Politik, wie beispielsweise der „Querdenken-Bewegung“, zu, bevor wir einen Blick auf Ansätze emanzipatorischer *Gegen-Politiken* werfen, wie sie beispielsweise in Form von Black Lives Matter oder der #Lea-

veNoOneBehind-Kampagne inmitten des Pandemiegeschehens auftauchten. Und schließlich geht es um die Entstehungsgeschichte dieses Bandes, der aus dem Projekt des Corona-Monitor hervorgegangen ist.

Exklusive Solidarität

10 Die Pandemie hat erneut auf dramatische Weise gezeigt, dass Gesundheit ein soziales Gut ist. Individuelle Gesundheit ist grundlegend von der Art abhängig, wie Fürsorge und Sorgearbeit in der Gesellschaft verteilt, strukturiert und ausgestattet werden. Dabei spielt zunächst eine wichtige Rolle, wie universell oder selektiv die Betroffenheit von Gefährdungen ist. Im Gegensatz zur Übertragung der Tuberkulose bedarf es beim Corona-Virus noch nicht einmal des „Ausspiens“. Das bloße Atmen kann schon zur Gefahr für die Mitmenschen werden, da sich das Virus, wie wir seit Ende April 2020 wissen, auch über Aerosole verbreitet. Das Virus selbst unterscheidet tatsächlich nicht, jede*r ist ihm gegenüber fundamental verletzlich. Allerdings, und das galt auch schon vor der Pandemie, sind einige immer schon in verletzlicheren Situationen als andere. Der komplizierte, aber zugleich schon aus anderen Zusammenhängen bekannte Umstand, dass sich unterhalb einer formalen „Gleichheit“ eine fundamentale Ungleichheit verbirgt, ist eine Art Treibstoff jener erwähnten Kämpfe um die „Solidarität“. Sie sind seit Beginn der Corona-Krise allgegenwärtig. Von Anfang an begleitete die Debatte um „systemrelevante Arbeit“ international, aber auch in Deutschland, die Pandemie. Auf den Höfen klatschte sich das lokale Kleinbürgertum zu, Fußballfans profilierten sich mit Bannern vor Krankenhäusern, selbst Lidl propagierte die „Helden des Einzelhandels“ in der Werbung für den eigenen Laden.

Kein Zweifel, dass „Solidarität“ am Anfang der Krise, im Frühjahr 2020, zu einer Art Marker für eine potenzielle Neubewertung von gesellschaftlicher Arbeit wurde (Blauer Montag 2020). Kein Zweifel aber auch, dass das, was letztlich gemeint war, stark um ein Kontinuum von exklusiver zu inklusiver Solidarität variierte (vgl. Schwiertz/Schwenken 2020), zwischen Selbst-Marketing und der Forderung nach grundlegenden Verbesserungen öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Was die dominante staatliche Politik betrifft, wurde in der Bundesrepublik wie in vielen anderen EU-Ländern eine nationale Solidarität als Ressource für die Befolgung der Regierungsvorgaben angerufen. Auf der anderen Seite wurde die Verantwortung für das alltägliche, vorbeugende Handeln sowie einen großen Teil der sozialen Folgen des Lockdowns den Bürger*innen in ihrem Privatleben zugeschrieben. Als das Ausmaß der Krise im Laufe des Frühjahrs 2020 immer deutlicher wurde, lautete das Motto „stay at home“. In ihrer ersten öffentlichen Ansprache zur Corona-Situation am 18. März 2020 appellierte Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Bürger*innen, das Abstandhalten als Solidarität zu verstehen: „Seit der deutschen Einheit, nein, seit dem zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt.“ (Merkel 2020) Auch der deutsche Ethikrat veröffentlichte eine Woche später eine ad-hoc-Empfehlung unter dem Titel „Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise“ (Deutscher Ethikrat 2020). Der Begriff wird hier als „Bereitschaft zu prosozialen Handlungen auf der Grundlage relevanter Gemeinsamkeit, die der solidarischen Person etwas abverlangen“, definiert. Solidarität als Vergemeinschaftung, als Appell, den sich ankündigenden Lockdown zu akzeptieren, unabhängig von der sozialen Stel-

lung und der jeweiligen Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (und zunächst jedenfalls auch abgesehen von der Einsicht, dass das „Herunterfahren“ nicht alle gleich treffen wird, sowie von eventuellen Maßnahmen, die zu einem sozialen Ausgleich führen könnten).

12 So verdeutlichte bereits die Aufforderung, zuhause zu bleiben, dass diese Anrufung der Solidarität eine exkludierende ist: All jene, die kein sicheres Zuhause haben, weil sie obdachlos sind, weil sie „zuhause“ Gewaltverhältnissen ausgesetzt sind, weil sie gezwungen werden, in Mehrbettzimmern in Lagern zu leben, weil sie auf der Baustelle oder in der 24-Stunden-Pflege arbeiten usw., werden durch diese Solidarität kaum geschützt. Der Anspruch des „stay at home“ reproduzierte insofern die soziale Teilung der Gesellschaft, ihre Hierarchie nach Klasse, Geschlecht, Staatsbürgerschaft etc.

Die Forderung erscheint gerade in Anbetracht der Folgen jahrzehntelanger neoliberaler Wohnungspolitik zynisch. Schließlich müssen Mieter*innen einen immer größeren Anteil ihres Lohns für beengte und zunehmend prekäre Wohnverhältnisse zahlen. Von einem gleichberechtigten Grundrecht auf Wohnen kann nicht die Rede sein, insbesondere das untere Einkommensdrittel bekommt diese strukturelle Entwicklung von Finanzialisierung und Deregulierung des Immobiliensektors am eigenen Leib zu spüren, in Form von Einschränkungen des Lebensstandards, schleichender Verdrängung aus dem gewohnten Umfeld oder gar Zwangsräumungen aus dem eigenen Zuhause.

Die Gefahren der Ansteckung waren von Anfang an ebenso wenig gleich verteilt wie die Folgen der massiven Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens. „Flatten the curve“ und „stay at home“ wurden dennoch zum universellen

Maßstab des Gemeinwohls: Wer beispielsweise nach Auffassung von Nachbar*innen davon abwich, riskierte schnell Stigmatisierung, Pöbelei, einen ungewollten Social Media-Auftritt oder gar einen Ruf nach den „Ordnungshütern“; wer in den Augen der Polizei die Vorgaben nicht zufriedenstellend erfüllte, dem drohten Bußgeldstrafen und Maßregelungen. Gleichzeitig wurde ein „diskretes“, besorgniserregendes Ansteigen häuslicher Gewalt beobachtet, ebenso wie schon in den ersten diesbezüglichen Studien eine sehr unterschiedliche faktische Betroffenheit von den Infektionen konstatiert werden musste – weltweit (OECD 2020) ebenso wie in der Bundesrepublik (Holst et al. 2021). Von Solidarität keine Spur – oder?

13

Es ist auch im Nachhinein noch erstaunlich, dass es im Frühjahr 2020 trotz der von Anfang an herrschenden Vergemeinschaftungslogik auch in der politischen Linken – ähnlich wie damals bei den französischen Solidaristen – zunächst die Hoffnung gab, dass die Erfahrung von Gleichheit angesichts des neuartigen Virus per se Ansatzpunkt emanzipatorischer Projekte sein könnte. Insbesondere wurde davon ausgegangen, dass die Reichweite emanzipatorischen sozialen Alltagshandelns ausgeweitet werden könnte. Wir wollen diese Haltung nicht im Nachhinein bewerten. Auch wenn der individualisierte und exklusive Solidaritätsbegriff der dominante blieb, lohnt es sich doch, genauer auf die Widersprüche einzugehen und sich eingehender mit Formen solidarischer Alltagspraxis in der Pandemie auseinander zu setzen. Es sind gerade manche „Risse im Putz“ des dominanten Solidaritäts-Diskurses, um die sich die Beiträge dieses Sammelbandes drehen und zu deren Analyse sie beitragen.

Solidarisierung und Entsolidarisierung

Die Autor*innen dieses Bandes diskutieren die Frage der sozialen Ungleichheit, des Ein- und Ausschlusses und der Solidarität dabei in dreierlei Hinsicht: erstens in Bezug auf bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit, zweitens in Bezug auf die Frage der stadträumlichen Segregation und drittens in Bezug auf die eng damit zusammenhängende Frage der Nachbarschaftshilfe.

14 In Bezug auf den *ersten* der drei genannten Aspekte, die Sorgearbeit, herrscht mittlerweile vielfach Einigkeit darüber, dass die symbolische Geste des „Klatschens“ für das unterbezahlte Pflegepersonal in Altenheimen, für das ausgebrannte medizinische Personal in Krankenhäusern und für die Kassierer*innen in den Supermärkten in Anbetracht der unveränderten Arbeitsbedingungen als völlig unzureichend gelten muss. Sie hat auch keinerlei strukturelle Veränderungen, etwa in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, hervorgebracht. Andererseits schreibt sie sich auch in eine seit vielen Jahren andauernde Auseinandersetzung um die Aufwertung von Sorgearbeit ein (Artus et al. 2017) – eine Auseinandersetzung, die nicht nur mit „Gesten“, sondern auch mit vielen Arbeitskämpfen verbunden war und ist. Und diese Forderung war und ist mit jener nach einer grundlegenden Veränderung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung verknüpft: Das „Klatschen“ nur als Eintagsfliege abzutun, erscheint aus dieser Sicht als zu leichtfertig. Die sozialen Kräfteverhältnisse in der Sorgearbeit besser einschätzen und die Begrenztheit von „Diskurs-Politik“ in diesem Kontext bestimmen zu können, ist hingegen notwendig.

Vielfach, so unsere These, aktualisierten die Konflikte um die Kinderbetreuung im Sommer 2020 und im Frühjahr 2021 jene „schwierige Solidarität“, die bereits im Streik um den Sozial- und Erziehungsdienst vor nunmehr sechs Jahren sehr deut-

lich exponiert worden war (Birke 2017). Und wie in vielen vergleichbaren Konflikte scheint es uns völlig offen zu sein, ob „nach“ der Pandemie in erwerbstätiger Sorgearbeit ein „back to normal“ oder eine Verschärfung von Arbeitskämpfen zu erwarten ist.

An diesen Gedanken anschließend weist unter anderem Tanja Carstensen in diesem Band auf einen weiteren „Riss“ hin. So betont sie, dass „stay home“ und „homeoffice“ gerade im Hinblick auf die vergeschlechtlichte Verteilung von Sorgearbeit im Kapitalismus Ungleichheitsverhältnisse verstärkte, paradoxerweise aber auch eine neue Sichtbarkeit für Sorgearbeit schaffte, wenn beispielsweise Kleinkinder im Zoom-Meeting plötzlich um Aufmerksamkeit buhlten. Auch dies scheint uns eine Spur zu sein, deren Verfolgung sich in Bezug auf die Kämpfe um (hier ausdrücklich unbezahlte) Sorgearbeit weiter zu verfolgen lohnt. Dafür, welche umfassende Bedeutung die Frage nach Sorgearbeiten hat, argumentiert zudem auch Stefanie Hürtgen in ihrem Text. Sie macht sich dafür stark, dass es einen erweiterten Begriff von Arbeit und eine erweiterte Konzeption des Klassenwiderspruchs braucht, um die Transformationen kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Natur radikal demokratisch und als sozialökologische denken zu können. Dabei haben uns, so Hürtgen, „die jüngsten kritischen Debatten zu Corona, Care, leiblicher Verletzlichkeit und Leben vorangebracht“. Und auch Alina Brad, Ulrich Brand und Mathias Krams sehen in den aktuellen Debatten um Mensch-Naturverhältnisse Chancen für eine Klimapolitik jenseits kapitalistischer Wertschöpfung. Sie weisen in ihrem Beitrag zudem auf die Herausforderungen hin, die sich mit den pandemiebedingten Investitionskürzungen für sozialökologische Projekte besonders im kommunalen Raum und der Gefahr weiterer Austeritätspolitiken ergeben.

Zweitens lassen sich die sozialen Ungleichheiten in der städtischen Geographie ausmachen, die im Frühsommer 2021 in der öffentlichen Debatte über die Pandemiefolgen eine gewisse Rolle spielten. Tatsächlich war es bereits in der ersten Corona-Welle ein Jahr zuvor zu Konflikten über die Frage der urbanen Verortung von „Infektionsherden“ gekommen. Dies wurde – wie in diesem Band Louisa Bäckermann und Peter Birke anhand von Konflikten aus zwei Wohnsiedlungen in Berlin und Göttingen beschreiben – diskurs-praktisch unterschiedlich verarbeitet: Es kam zur Klassifizierung „gefährlicher Orte“, und die erhöhte Wahrscheinlichkeit von Infektionen durch prekäre Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen wurde umgedeutet und zunächst ebenso pauschal wie falsch der „Verantwortungslosigkeit“ von Bewohner:innen zugeschrieben. Diejenigen wurden zum Sündenbock der Pandemie gemacht, die in den als „soziale Brennpunkte“ gebrandmarkten Vierteln der Städte leben. Proteste und Riots waren die unmittelbare Folge. Anders stellt sich dies in Berlin dar, wo ein ähnlicher Fall von Ausgrenzung auf Gegenpositionen in einer breiten Öffentlichkeit traf. Auch dieses Beispiel zeigt, dass die Frage nach dem Verlauf sozialer Konflikte in und nach der Pandemie prinzipiell politisch bearbeitet wird und insofern als „offen“ bezeichnet werden muss.¹

1 Die Diskussion von sozialen Ungleichheiten in Städten und der Verteilung der Betroffenheit mit dem Virus wurde u.a. auch von Roger Keil angestoßen und von Daniel Mullis in der Zeitschrift *sub\urban* weitergeführt – mit der Forderung, genauer danach zu fragen, wie Zentralität und Peripherie selbst hergestellt und wie dadurch Ungleichheiten festgeschrieben werden; siehe dazu die Vorabveröffentlichung „Peripherien und Zentralitäten: Geographien von Covid-19“ vom 18.6.2021 in der Zeitschrift.

Auch auf einer *dritten* Ebene kam es darüber hinaus vor allem zu Beginn der Pandemie zu Initiativen, die diese als Chance sahen, für eine andere, eine neue, großartige Zukunft, einen Umbruch, ja, die große Transformation zu streiten. Obwohl gerade die physischen Räume größtenteils wegfielen, die für soziale Kämpfe und Bewegungen so wichtig sind, entstanden im ersten Lockdown mit den solidarischen Nachbarschaftshilfen in vielen Orten in Deutschland gemeinsame Praktiken, in denen sich Menschen weiter begegneten, gemeinsam handelten und handlungsfähig bleiben. Leon Rosa Reichle hat einige dieser Initiativen in Leipzig im Rahmen einer partizipativ-aktivistischen Forschung genauer untersucht. In diesem Sammelband beschreibt Reichle, welche beeindruckende Dynamik die spontane Solidarität in den Nachbarschaftshilfen zunächst entwickelte. Auch in vielen anderen Städten kamen Menschen zusammen, um all jene zu unterstützen, die durch die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens besonders betroffen waren. Es wurden Einkaufshilfen, Hotlines und Gabenzäune eingerichtet. Ganz im Sinne der Solidaristen gab es die Momente der Hoffnung, dass die geteilte Erfahrung von „Gleichheit“ vor dem Virus eine Chance sein könnte, solidarisch aus der Krise zu kommen. In Verbindung mit einer Sensibilität für den alltäglichen Normalzustand unterschiedlicher Verletzbarkeiten gegenüber dem Virus und den Corona-Politiken schienen Horizonte für neue Zusammenschlüsse und Ansatzpunkte für emanzipatorische, politische Praktiken zu entstehen. Doch die Beweggründe und Solidaritätsverständnisse in den Nachbarschaftshilfen waren sehr unterschiedlich und reichten von eher karitativen Ansätzen bis hin zu Gruppen, die ihr Handeln vor dem Hintergrund linker Gesellschaftskritik vorantrieben (Fiedlschuster/Reichle 2020), sodass sie sich zunächst kaum nachhal-

tig verstetigen und individualisierte Solidaritätsverständnisse überwinden konnten. Neben den Versuchen nachbarschaftlicher Solidarität entwickelte sich seit Beginn der Pandemie noch eine Reihe weiterer Protestdynamiken wie die #LeaveNoOneBehind-Kampagne oder die Black-Lives-Matter-Bewegung, auf die wir weiter unten noch eingehen werden.

Pandemie, Regression und rechte Politik

18 Die Sozialverhältnisse wurden und werden in der Pandemie neu verhandelt. Mit dem vorliegenden Band sollen die Ambivalenzen und Widersprüche beleuchtet werden, die in der Konstituierung einer neuen Normalität (vielleicht) entstehen. Dieser Ansatz soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man zugleich die stark regressiven Tendenzen in den Blick nehmen muss. In einigen europäischen Staaten ist mittlerweile eine politische Rechte an die Macht gelangt, die zum offenen Angriff auf bürgerliche Freiheiten übergegangen ist: Angriffe auf linken und liberalen Journalismus, auf unbotmäßige Richter*innen und Anwälte, auf persönliche Freiheit und Selbstbestimmung über den eigenen Körper uvm., wie etwa in Ungarn oder Polen, werden innerhalb der EU mit mehr oder weniger hilflosen Protestnoten gekontert. Die Regelmäßigkeit und Dynamik dieser Entwicklungen verweisen letztlich auch darauf, dass autoritäre Tendenzen und Kräfte in fast allen liberalen Demokratien zu einem wichtigen Faktor geworden sind.

So konstatieren Martin Thiele und Klemens Ketelhut in ihrem Beitrag, „dass das gesellschaftliche Klima für LSBTIQ hierzulande zunehmend rauer und unwirtlicher werden wird“. In der Unterhaltung, die die beiden Autoren zu Beginn der Pandemie schriftlich geführt haben, lassen sie die Frage zunächst offen, wie diese Entwicklung im Zuge der Corona-Politiken